vinetur

Senat von Trinidad und Tobago stimmt für Anhebung des Mindestalters für Alkohol und Tabak auf 21 Jahre

Der Gesetzentwurf hebt das Mindestalter für Glücksspiel und Cannabis auf 25 Jahre an. Im Senat stimmten nur Senatoren der Regierung dafür.

Freitag, 9. Oktober 2026



Der Senat von Trinidad und Tobago hat am frühen Mittwoch einen Gesetzentwurf gebilligt, der das gesetzliche Mindestalter für Alkohol und Tabak auf 21 Jahre und für Glücksspiel und Cannabis auf 25 Jahre anheben würde. Damit nahm eine umstrittene Vorlage eine weitere Hürde, die nur mit Unterstützung der Senatoren der Regierung verabschiedet wurde.

Der Gesetzentwurf zu verschiedenen Bestimmungen (Alkohol, Cannabis, gefährliche Drogen, Glücksspiel und Tabak) von 2026 passierte den Senat mit 15 zu 12 Stimmen bei drei Enthaltungen. Alle 15 Ja-Stimmen kamen von Senatoren der Regierung. Kein Oppositions- oder unabhängiger Senator unterstützte den Gesetzentwurf. Die unabhängigen Senatorinnen Marlene Attzs, Francis Lewis und Alicia Pauline Lalite-Ettienne enthielten sich, während die übrigen unabhängigen Senatoren gemeinsam mit der Opposition gegen die Vorlage stimmten.

Der Gesetzentwurf geht nun zur Zustimmung an Staatspräsidentin Christine Kangaloo. Mit ihrer Unterschrift würde er Gesetz.

Die Abstimmung war ein weiteres Zeichen dafür, wie stark der Senat bei wichtigen Gesetzesvorhaben der Regierung gespalten ist. In den vergangenen Wochen musste die Regierung auch beim Special Operations Bill und beim Public Procurement and Disposal of Public Property (Amendment) Bill auf die geschlossene Unterstützung ihrer Senatoren zählen. In beiden Fällen endete die Abstimmung im Senat mit 15 zu 15 Stimmen, woraufhin Senatspräsident Wade Mark mit seinem Stichentscheid entschied.

Die mehrstündige Debatte über den neuen Gesetzentwurf drehte sich vor allem um die Frage, ob die Regierung überzeugend begründet hatte, warum die Altersgrenzen angehoben werden sollten. Unabhängige Senatoren fragten, weshalb ein 18-Jähriger, der wählen, heiraten, Verträge unterzeichnen und den Sicherheitsdiensten beitreten darf, nicht mehr als alt genug gelten sollte, um legal Alkohol zu kaufen oder Tabak zu konsumieren. Einige kritisierten außerdem, dass sich die Regierung auf internationale Studien stützte, und bemängelten, sie habe nicht genügend lokale Daten zu alkoholbedingten Schäden, Verkehrstoten und Drogenüberdosierungen unter jungen Menschen in Trinidad und Tobago vorgelegt.

Generalstaatsanwalt John Jeremie verteidigte die Vorlage in seinem Schlusswort und rief die unabhängigen Senatoren auf, sie trotz möglicher Bedenken zu einzelnen Teilen zu unterstützen. Er argumentierte, die höheren Altersgrenzen seien durch medizinische Erkenntnisse gestützte Regulierungsmaßnahmen, insbesondere im Fall von Alkohol. Andere Länder hätten das gesetzliche Mindestalter für den Alkoholkonsum auf 21 Jahre angehoben, sagte er. In der Debatte verwies er zudem auf Unterlagen, die Gesundheitsminister Lackram Bodoe vorgelegt hatte.

Jeremie sagte, die Regierung plane außerdem Aufklärungsarbeit und Medienkampagnen, um den Alkoholkonsum und den Zugang zu Alkohol unter jungen Menschen einzudämmen. Als Beispiele für Länder mit strengeren Vorschriften zu Alkohol, Tabak, Glücksspiel oder Cannabis nannte er die Vereinigten Staaten, Kanada, Sri Lanka, Litauen und Singapur.

Bei seinem Appell verwies Jeremie auf die verstorbene unabhängige Senatorin Dana Seetahal. Sie habe einst ein Gesetz zur Tabakkontrolle unterstützt, obwohl sie starke Raucherin gewesen sei, weil sie dessen Ziel zugestimmt habe, sagte er. Gesetzgeber sollten die Vorlage an ihrer Zielsetzung messen und keinen perfekten Gesetzestext erwarten.

Mehrere Senatoren äußerten zudem Bedenken gegen die im Gesetzentwurf vorgesehenen Sanktionen und argumentierten, einige Geldbußen seien zu hoch. Jeremie wies diese Kritik zurück. Er verwies auf eine Änderung des Interpretation Act aus dem Jahr 2020, mit der die Geldbuße für Verstöße gegen Vorschriften von 500 auf 100.000 Dollar angehoben wurde. Außerdem führte er die im Dangerous Drugs Act vorgesehenen Strafen von 25 Jahren bis zu lebenslanger Haft an und sagte, die vorgeschlagenen Geldbußen im neuen Gesetzentwurf seien in diesem umfassenderen rechtlichen Kontext zu betrachten.

Die Strafen sollten widerspiegeln, wie ernst die Gesellschaft bestimmte Verhaltensweisen nehme, sagte er, und die im Gesetzentwurf vorgesehenen Sanktionen seien verhältnismäßig. Jeremie wies auch Kritik an der Ausarbeitung der Gesetzgebung zurück. Gesetzentwürfe durchliefen eine politische Entwicklung, würden von einem Ausschuss zur Gesetzesprüfung geprüft und vom Kabinett begutachtet,

bevor sie ins Parlament gelangten, sagte er.

Wird der Gesetzentwurf unterzeichnet und damit Gesetz, hätte die Änderung Folgen, die über die Gesundheitspolitik hinausgehen. Die Zahl der Personen, die legal Alkohol kaufen dürfen, würde sinken. Bars, Restaurants, Einzelhändler, Veranstalter und Tourismusunternehmen könnten deshalb gezwungen sein, die Alterskontrollen zu verschärfen und ihre Compliance-Verfahren anzupassen. Unternehmen, die Bier, Wein und Spirituosen verkaufen, müssten bei Inkrafttreten der neuen Altersgrenzen möglicherweise auch ihre Mitarbeiterschulungen und Kontrollen an den Verkaufsstellen anpassen.

Die Vorlage kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Regierungen in der Region und anderswo weiter darüber diskutieren, ob höhere Altersgrenzen und strengere Kontrollen den schädlichen Konsum von Alkohol und anderen regulierten Produkten unter jüngeren Menschen verringern können. Die Debatte im Senat von Trinidad und Tobago zeigte, dass selbst Befürworter strengerer Kontrollen bei den zu ihrer Begründung herangezogenen Erkenntnissen, den von der Regierung gewählten Altersgrenzen und der späteren Durchsetzung der Vorschriften deutlich unterschiedlicher Meinung sein können.